

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung vom 27.03.2006

Gesamtzahl der Mitglieder: 80 Mitglieder

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 59 Mitglieder

TOP 3a

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel
hier: Sachstandsbericht seit der Verbandsversammlung am 08.12.2005

- Information -

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, Verbandsdirektor Dr. Karlin,
VM Schilling, VM Greschkowitz, Fraktionsvorsitzender Frie-
bis, Fraktionsvorsitzender Evers

Verbandsdirektor Dr. Karlin erläutert, dass man mit der nachgereichten Vorlage das Gremium über die Entwicklung seit der letzten Verbandsversammlung im Dezember 2005 informieren wolle. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es durch öffentliche Erklärungen eine gewisse Irritation bezüglich der Überprüfung des Schienenbonus im Februar 2006 gegeben habe. Es sei für die Region am Oberrhein als auch am Hochrhein erfreulich, von der neuen Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Roth am 15. März 2006 gehört zu haben, dass auf Veranlassung des Bundesverkehrsministeriums die Bahn AG bereits Ende Januar 2006 den Auftrag einer wissenschaftlichen Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen des Schienenverkehrslärms auf die an Schienen lebenden Menschen erteilt habe. Dies sei eine wichtige Botschaft. Sobald die Studie vorliege, so die Zusage, werde auch die politische Diskussion über die Folgerungen auf den Schienenbonus einsetzen.

VM Schilling dankt für die Information, werde doch hiermit auch deutlich, dass die Regionalverbände Hochrhein-Bodensee und Südlicher Oberrhein mit ihrer Veranstaltung in Bad Krozingen zum Schienenlärm dies eigentlich erst ermöglicht hätten. Gerade diese Rückendeckung könne man im Rahmen der Offenlageverfahren gut gebrauchen. Sehr zu bedauern sei, dass sich die DB Bau Projekt derzeit permanent weigere, aktuelle Daten, gerade auch im Raum Offenburg, zur Lärmschutzsituationen und anderen Emissionen herauszugeben. So könne man nicht miteinander umgehen und insofern sei es ganz gut, dass jetzt doch Bewegung im Bundesverkehrsministerium in die Sache komme. Wenn es auch gelinge, die jetzige Bundesregierung dazu zu bewegen, Geld für das rollenden Material freizugeben, so könnten manche Baumaßnahme wesentlich kostengünstiger vollzogen werden. Ferner würde dies einen besseren Lärmschutz in der ganzen Bundesrepublik Deutschland nach sich ziehen. Nur die Politik könne es richten. Wenn es im Zusammenhang mit der Großen Koalition nicht gelinge, dass die in Südbaden zu Hause befindlichen Bundestagsabge-

ordneten aller Couleur entsprechende Verbesserungen in allen Planungsabschnitten, die derzeit offengelegt werden, zu erreichen, so könne man nichts für die Menschen erreichen. Wichtig sei auch, dass die notwendigen Mittel entsprechend der Betroffenheit bereit gestellt würden. Wenn es gelinge, die Politik sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene dafür zu gewinnen, werde sich auch bei der Deutschen Bahn als verantwortliche Planungsstelle tatsächlich etwas bewegen.

VM de Frenne bewertet die vorgelegte Information dahingehend, dass man zwischenzeitlich vollmundig formulierte Themen wie die Abschaffung der DIN 18005 für Schieneneisenbahnwege nicht mehr erwähne. Solche, seiner Ansicht nach peinlichen Forderungen würden „heimlich, still und leise“ fallen gelassen und man würde sich nun auf das Wesentliche konzentrieren. Wenn er lese, dass auch Staatssekretär Köberle nun zu der Einsicht gekommen sei, dass eine „Lärmreduzierung an der Schallquelle sinnvoller wäre“ dann sei dies natürlich der richtige Weg, denn man habe gigantische Lärminderungspotenziale im Bereich der Schienenfahrzeuge und der Gleisanlagen. Dies nütze nicht nur den Menschen in der Region, sondern in ganz Deutschland. Auf diesem Weg könne man mit ökonomisch vertretbaren Mitteln große Erfolge erreichen. Ansonsten schweige sich die Vorlage ja „betreten“ über die Vergangenheit aus.

Verbandsdirektor Dr. Karlin nimmt hierzu Stellung und erklärt, dass hier vom eigentlichen Kern abgelenkt werde. Zum einen sei es die Verbandsgeschäftsstelle gewesen, die das Thema Umrüstprogramm für das rollende Material in den Mittelpunkt der politischen Diskussion, nicht nur in der Region, sondern auch auf Bundesebene gebracht habe. Und wenn er heute und in der Öffentlichkeit höre, dass dies der Verdienst der Grünen gewesen sei, frage er sich was die Grünen die letzten 7 Jahre auf der Bundesebene gemacht hätten. Zum Thema DIN 18005 führt er aus, dass es in der Sitzungsvorlage zum Planfeststellungsabschnitt 9.0 im Juli 2005 eingebracht worden sei. Dies sei mit dem Ziel geschehen, dass sich der Bund politisch fragen lassen müsse, weshalb ein Bundesunternehmen mit anderen Lärmvorschriften arbeiten dürfe, als die Kommunen. Vor allem von den SPD-Bundestagsabgeordneten habe man in diesem Bereich großes Verständnis erhalten, indem die klare Aussage getroffen worden sei, dass man sich der Frage politisch stellen müsse, welche gesundheitlichen Auswirkungen Schienenverkehrslärm auf die an Schienen lebenden Menschen habe. Die Sitzungsvorlage diene lediglich als Sachstandsbericht, was seit dem 08.12.2005 vorgefallen sei.

VM Greschkowitz führt aus, dass VM Schilling zu Recht darauf hingewiesen habe, dass die Politik die Entscheidung herbeiführen müsse. Er wolle das Vorfeld nochmals kurz in Erinnerung rufen. In der Verwaltungsvorlage sei die Bürgerinitiative Bohr benannt, aber es gebe auch die Bürgerinitiative IGEL, die die gesamte Problematik sehr kompetent aufgearbeitet habe.

Fraktionsvorsitzende Friebis ist der Auffassung, dass die Vorlage „viel heiße Luft“ sei, in der eigentlich nichts Neues stehe. Es stehe darin, dass die Bundesregierung neue Untersuchungen über die gesundheitlichen Auswirkungen des Schienlärms machen wolle. Er prognostiziere, dass dies für die Planfeststellungsverfahren vor Ort aus zeitlichen Gründen keine Auswirkungen haben werde. Eine wissenschaftliche Auswertung über die Auswirkungen des Schienlärms dauere voraussichtlich Jahre. Falls festgestellt würde, dass der Schienenbonus zu gesundheitlich bedenklichen Lärmwerten führe - wovon man ausgehen könne – müsse noch das Jahre dauernde Gesetzgebungsverfahren

ren vollzogen werden. Es werde viele Jahre dauern bis etwas laufe. Es sei deshalb falsch, den Leuten vorzumachen, dies hätte etwas mit dem Bau der Rheinstalstrecke zu tun. Man sollte sich deshalb auf das konzentrieren, was machbar sei und dies sei die Reduzierung des Lärms an der Quelle. Ein Umrüstprogramm sei schneller durchzuführen, als die Schienenbonusdiskussion. Auch die einseitige Berücksichtigung der genannten Bürgerinitiativen sei verwunderlich.

Fraktionsvorsitzender Evers führt aus, dass bekannt sei, dass die Grünen gegen die Abschaffung des Schienenbonus seien, weil der schienengebundene Lärm ein „guter“ Lärm und der andere ein „schlechter“ Lärm sei. Das werde die Bevölkerung den Grünen auf Dauer jedoch nicht abnehmen. Der eigentliche Grund seiner Wortmeldung sei jedoch, dass er es begrüßen würde, wenn der Regionalverband darauf dringen würde – egal wer einlade - dass alle Abgeordneten aus der Region eingeladen werden und nicht, wie es der Drucksache zu entnehmen sei, nur Abgeordnete der großen Koalition.

Verbandsvorsitzender Neideck ergänzt hierzu, dass Fraktionsvorsitzender Evers zu Recht bemerkt habe, dass der Regionalverband eingeladen worden sei und man in der Regel seinem Gastgeber nicht vorschlage, wen er noch zusätzlich einladen solle. Aber da man im gemeinsamen Interesse der Sache parteiübergreifend kämpfe, habe man in Berlin angeregt, bei weiteren Gesprächen alle Abgeordneten der Region hierzu einzuladen. Zu den Ausführungen, von Fraktionsvorsitzenden Friebis und der Aussage, die Studie hätte keinen neuen Erkenntniswert, führt er weiter aus, dass der Erkenntniswert zumindest dahingehend neu sein müsste, dass die Presseerklärung von Bündnis 90/Die Grünen vom Februar (2006) zu diesem Thema Studie gesundheitlicher Auswirkungen eine andere war, wie der Sachverhalt, den man in der Vorlage dargestellt habe. Die Bundesregierung werde sehr wohl das Thema aufgreifen, um die gesundheitlichen Auswirkungen zu untersuchen. Dies sei das Ergebnis des in Berlin geführten Gespräches.